

Ursula von der Leyen  
Präsidentin der Europäischen Kommission

**Offener Brief an die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen für eine ehrgeizige europäische Gesetzesinitiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit**

Am 8. Dezember wird die Europäische Kommission ihre lang erwartete Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern in Plattformunternehmen vorlegen.

Arbeitnehmer über digitale Arbeitsplattformen verdienen oft nicht einmal den Mindestlohn oder sind nicht tarifgebunden, haben keinen bezahlten Urlaub, sind Gesundheits- und Sicherheitsgefahren ausgesetzt, haben kein Recht auf bezahlten Krankenstand oder einen Sozialschutz. Arbeitszeiten sind oft lang, und in einigen Plattformunternehmen werden ein erhebliches geschlechtsspezifisches Lohngefälle und andere Arten von Diskriminierung entweder toleriert oder durch algorithmische Voreingenommenheit verstärkt. Diese Unternehmen ziehen gefährdete Gruppen an, die gezwungen sind, eine niedrige Vergütung zu akzeptieren, weil sonst jemand anders ihren Job annimmt.

Digitale Arbeitsplattformen sind nur dann nachhaltig, wenn sie hochwertige Arbeitsplätze bieten und Arbeitnehmerrechte respektieren. Nur sehr wenige Plattformen arbeiten ausschließlich mit echten Selbstständigen. Daher brauchen wir Regeln, um sicherzustellen, dass digitale Arbeitsmarktplattformen keine Gesetzeslücken ausnutzen können, um große Gewinne durch Scheinselbstständigkeit ihrer Arbeitnehmer zu erzielen, zu dem Zweck, sektorale Verpflichtungen bezüglich angemessener Bezahlung, Arbeitsbedingungen und sozialer Sicherheit zu umgehen. Diese Praxis ist nicht nur unfair gegenüber Arbeitnehmern, sondern auch gegenüber der großen Mehrheit der Unternehmen, die sich an die Regeln halten, und gegenüber der Gesellschaft als Ganzes.

Lebensmittellieferung, Taxidienste und Hausarbeit sind nur die Spitze des Eisbergs: Digitale Arbeitsplattformen expandieren in die Bereiche Handel, Technik, Gesundheit und Pflege, Bau und Service. Wir sehen auch die so genannte „Plattformisierung“ in anderen Sektoren, in denen Praktiken wie die Zerlegung von Arbeitsplätzen in Aufgaben und extreme Flexibilisierung an Boden gewinnen. Dies ist ein weiterer Grund für die Notwendigkeit europäischer Rechtsvorschriften. Das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten, die Gewerkschaften und Organisationen aus ganz Europa sagen klar, dass es weder Raum noch Notwendigkeit für die Schaffung eines dritten Status zwischen Angestellten und Selbstständigen gibt, da dieser den Arbeitnehmern weder angemessenen Schutz noch Autonomie verschaffen würde.

Die überwältigende Mehrheit der Gerichtsurteile in ganz Europa hat eindeutig gezeigt, dass Plattformunternehmen Arbeitgeber sind und ihre Arbeitnehmer dementsprechend Angestelltenrechte haben sollten. Die kommende Richtlinie muss diesem Ansatz entsprechen. Ausgangspunkt rechtlicher und politischer Maßnahmen muss sein, dass jede digitale Arbeitsplattform Arbeitgeber ist oder werden kann.

Die Europäische Kommission sollte die Annahme eines Beschäftigungsverhältnisses etablieren, das den Status des Angestellten als Ausgangspunkt festlegt. Die Beweislast sollte vom Arbeitnehmer auf die Plattformgesellschaft verlagert werden. Hier lohnt sich ein Blick auf frühere Erfahrungen in europäischen Ländern, in denen bereits Schritte in diese Richtung unternommen wurden. Das bedeutet, dass Beschäftigte von Plattformunternehmen grundsätzlich Angestellte sind, es sei denn, Plattformunternehmen können Selbstständigkeit nachweisen. Dies würde eine Veränderung gegenüber der aktuellen Situation einer Vermutung der Selbstständigkeit bedeuten, in der Plattformarbeiter bewusst als Selbstständige falsch eingestuft werden und nachweisen müssen, dass sie in einem Arbeitsverhältnis stehen.

Eine Warnung, um mögliche Missverständnisse zu vermeiden: Eine widerlegbare Annahme eines Arbeitsverhältnisses bedeutet nicht, dass alle Arbeitnehmer als Angestellte betrachtet werden. Das Geschäftsmodell von Plattformunternehmen, die mit echten Selbstständigen arbeiten, wird nicht betroffen sein, solange sie nachweisen können, dass es keine Abhängigkeitsbeziehung gibt.

Jede verwässerte Lösung würde sehr wenig bis gar keine Änderung bringen, da die verletzlichste Partei der Arbeitsbeziehung das Verfahren anstoßen müsste.

Algorithmen werden von digitalen Arbeitsplattformen als Managementinstrumente mit erheblichem Einfluss auf Rechte und Arbeitsbedingungen eingesetzt. Die Algorithmen, die den Preis von Dienstleistungen festlegen und über die Zuteilung von Aufgaben entscheiden, funktionieren für Arbeitnehmer als Blackboxen. Die ständige Überwachung und die Bedeutung von Ratings führen zu extremem Druck und Stress.

Es ist die zentrale Rolle des Algorithmus, die die Plattformarbeit von anderen Arbeitsarten unterscheidet. Wenn es der Europäischen Kommission mit der Verbesserung der Situation von Plattformarbeitern ernst ist, sollte die Regulierung des algorithmischen Managements ein Schlüsselement ihres Vorschlags sein. Plattformunternehmen sollten transparent in Bezug darauf sein, wie ihr Algorithmus Preise festlegt, die Arbeit zuweist und welche Faktoren er berücksichtigt. Da er die Arbeitsbedingungen festlegt, sollten Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften ein Mitspracherecht bei der Funktionsweise haben. Und ein Algorithmus darf niemals Arbeitnehmer entlassen. Darüber hinaus sollten Plattformarbeiter die Kontrolle über ihre persönlichen Daten und die Daten haben, die sie auf der Plattform generieren.

Um dem Mangel an Informationen über die Funktionsweise digitaler Arbeitsplattformen in der EU entgegenzuwirken, sollten sie verpflichtet werden, sich bei einer Behörde zu registrieren und Schlüsseldaten über ihre Aktivitäten transparent zu machen.

Digitale Arbeitsplattformen arbeiten transnational, daher ist eine europäische Lösung erforderlich. Dies würde auch eine zersplitterte Gesetzgebung auf dem ganzen Kontinent verhindern, was nur einen Wettlauf nach unten im Hinblick auf Rechte fördern würde. Die Unterzeichner dieses Schreibens fordern die Europäische Kommission auf, dafür zu sorgen, dass Plattformunternehmen den gleichen Regeln unterliegen wie alle anderen „Offline“-Unternehmen in grenzüberschreitenden Situationen, sei es in der Arbeits-, Sozial- oder Steuergesetzgebung.

Um den Arbeitnehmern einen fairen Anteil zu geben und ein nachhaltiges Geschäftsmodell in ganz Europa durch oder ohne eine App zu entwickeln, müssen wir hohe Standards für Plattformunternehmen setzen.

## **Unterzeichnende:**

Pierre-Yves Dermagne (Deputy Prime Minister for the Economy and Labour, Belgium)  
Yolanda Díaz (Minister of Labour and Social Economy, Spain)  
Ana Mendes Godinho (Minister of Labour, Solidarity and Social Security, Portugal)  
Hubertus Heil (Federal Minister of Labour and Social Affairs, Germany)  
Andrea Orlando (Minister of Labour and Social Policies, Italy)  
Luca Visentini (General Secretary of the European Trade Union Confederation, Italy)  
Ludovic Voet (Confederal Secretary of the European Trade Union Confederation, Belgium)  
MEP Iratxe García Pérez (President of the Group of the Progressive Alliance of Socialists and Democrats, Partido Socialista Obrero Español, Spain)  
MEP Sergei Stanishev (President of the Party of European Socialists, Socialist Party, Bulgaria)  
MEP Ska Keller (co-President of the Group of the Greens/European Free Alliance, Die Grünen, Germany)  
MEP Philippe Lamberts (co-President of the Group of the Greens/European Free Alliance, Ecolo, Belgium)  
MEP Manon Aubry (co-President of The Left, La France Insoumise, France)  
MEP Martin Schirdewan (co-President of The Left, Die Linke, Germany)  
MEP Agnes Jongerius (S&D, Partij van de Arbeid, Netherlands)  
MEP Dennis Radtke (EPP, Christlich-Demokratische Union - CDU, Germany)  
MEP Kira Marie Peter-Hansen (Greens/European Free Alliance, Socialistisk Folkeparti, Denmark)  
MEP Nikolaj Villumsen (The Left, Enhedslisten, Denmark)  
MEP Elisabetta Gualmini (S&D, Partito Democratico, Italy)  
MEP Kim Van Sparrentak (Greens/European Free Alliance, GroenLinks, Netherlands)  
MEP Leila Chaibi (The Left, La France Insoumise, France)